Aufschub der Vollstreckbarkeit vorsorglicher Massnahmen

Art. 315 Abs. 4 und 5 ZPO

Die Berufung gegen Entscheide über vorsorgliche Massnahmen hat grundsätzlich keine aufschiebende Wirkung. Eine Ausnahme besteht dann, wenn der betroffenen Partei ein nicht leicht wieder gutzumachender Nachteil droht. [215]

KGer SG BS.2012.6, Entscheid vom 15. Februar 2012

Die Gesuchsgegnerin war seit dem 1. November 2011 als Masseurin bei der Gesuchstellerin angestellt gewesen. Dabei war zwischen den Parteien ein sich auf einen Umkreis von 25 km vom Arbeitsort erstreckendes Konkurrenzverbot für die Dauer von einem Jahr vereinbart worden. Kurz nach Kündigung des Arbeitsverhältnisses durch die Gesuchsgegnerin hatte diese in der Nähe ihres alten Arbeitsortes ihre eigene Massagepraxis eröffnet. Auf Antrag der Gesuchstelle-

rin hatte das Kreisgericht ihr daraufhin vorläufig (längstens bis zum 30. September 2012 bzw. bis zu einem Entscheid in der Hauptsache) verboten, sich in dem im Konkurrenzverbot vereinbarten Umkreis als Masseurin zu betätigen.

Gegen diesen Entscheid erhob die Gesuchsgegnerin Berufung beim Kantonsgericht mit dem Begehren, den Entscheid aufzuheben und das Massnahmegesuch abzuweisen, und dem Antrag auf aufschiebende Wirkung. Das Kantonsgericht verwies auf Art. 315 Abs. 4 lit. b und 5 ZPO, wonach die Berufung gegen Entscheide über vorsorgliche Massnahmen grundsätzlich keine aufschiebende Wirkung hat. Eine Ausnahme besteht nur dann, wenn der betreffenden Partei ein nicht leicht wiedergutzumachender Nachteil droht. Das Gericht kam zum Schluss, dass sich die Nachteile für die Gesuchsgegnerin bei einer vorläufigen Belassung des Verbots in Grenzen halten und mit der vom Vorderrichter verfügten, in der Berufung nicht beanstandeten Sicherheitsleistung von CHF 36 000.– wiedergutmacht werden könnten. Würde das Verbot hingegen vorübergehend aufgehoben, wären die Nachteile für die Gesuchstellerin aufgrund der Verunsicherung der Kundschaft offensichtlich gravierend. Der Antrag auf aufschiebende Wirkung wurde daher abgewiesen.

Kommentar

Der Berufung gegen Entscheide über vorsorgliche Massnahmen kommt nur ausnahmsweise aufschiebende Wirkung zu. Eine solche Ausnahme verlangt nach einem nicht leicht wiedergutzumachenden Nachteil (Art. 315 Abs. 4 lit. b und 5 ZPO). Ein derartiger Nachteil war bereits Voraussetzung dafür, dass eine vorsorgliche Massnahme überhaupt gewährt wurde. Die Anordnung aufschiebender Wirkung bei vorsorglichen Massnahmen ist daher nur in seltenen Ausnahmefällen angezeigt. Denkbar ist dies z.B. für den Fall, dass der erstinstanzliche Entscheid aller Voraussicht nach nicht zu bestätigen ist (REETZ/HILBER, in: Sutter-Somm/Hasenböhler/Leuenberger, Kommentar zur Schweizerischen Zivilprozessordnung, Zürich 2010, Art. 315 N 69 f.). Auch eine Veränderung der tatsächlichen Verhältnisse kann ausnahmsweise einen Aufschub der Vollstreckbarkeit rechtfertigen (ANNE SABINE ZOLLER, Vorläufige Vollstreckbarkeit im Schweizer Zivilprozessrecht, Diss., Zürich 2008, § 4 Rz. 157).

Die Anordnung der aufschiebenden Wirkung liegt im freien Ermessen der Berufungsinstanz. Das Gericht hat, unter Würdigung sämtlicher Umstände, zwischen den Parteiinteressen abzuwägen (VOLKART, in: Brunner/Gasser/Schwander, Kommentar zur Schweizerischen Zivilprozessordnung (ZPO), Zürich/St. Gallen 2011, Art. 315 N 15).